

Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland
Ausblick auf das Wahljahr 2017
Bundshaushalt 2017 – Wahlversprechen eingehalten

Am vergangenen Sonntag hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erklärt, als Spitzenkandidatin der Union zur nächsten Bundestagswahl anzutreten. Unsere Unterstützung ist ihr sicher. Angela Merkel genießt das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und hat international ein hohes Ansehen. Vieles haben wir gemeinsam für unser Land auf den Weg gebracht, aber noch immer gibt es viel zu tun. In den nächsten Jahren bis 2021 stehen wegweisende Entscheidungen an, die unser Land im nächsten Jahrzehnt prägen werden. Für die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit setzen wir auf folgende Leitlinien:

Erstens wollen wir eine starke Wirtschaft und einen Staat, der durch gute Bildung und Forschung, durch Innovationsfreude und eine vernünftige Datenpolitik die Grundlage dafür legt, dass Deutschland auch im Zeitalter der Digitalisierung wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Damit wollen wir die Grundlage unseres Wohlstands und damit auch unseres Sozialstaats sichern.

Wir wollen zweitens einen starken Staat. Wir leisten in diesen bewegten Zeiten unseren Beitrag für Sicherheit und internationale Stabilität. In die innere und äußere Sicherheit wird weiter massiv investiert. Überall in unserem Land müssen Recht und Gesetz gelten und durchgesetzt werden. Wir stehen für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der den Schwachen geholfen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammensteht.

Wir wollen drittens mehr Aufmerksamkeit für die vielen Millionen Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, die für ihre Kinder und Enkelkinder da sind, die sich in unserem Land in Vereinen, den Kirchen und sozial engagieren und für sie Erleichterungen schaffen. Dazu gehören eine bessere Förderung von Familien und Kindern, eine gute Infrastruktur sowie eine steuerliche Entlastung für diese Leistungsträger aus der Mitte unseres Landes.

Seit die Union regiert hat sich Deutschland zum wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch stabilsten Land Europas entwickelt. Angesichts der großen Bewährungsproben in Europa wollen wir daher viertens zusammen mit unserer Bundeskanzlerin und unseren europäischen Partnern die Europäische Union voranbringen und im Sinne eines geeinten Kontinents zur Lösung der Probleme beitragen. Europa ist heute für uns Deutsche wichtiger denn je.

Der nächste Bundestagswahlkampf wird schwer werden. Wir erleben eine starke Polarisierung in unserem Lande. Sowohl von links als auch von rechts werden wir als Union herausgefordert werden. Rot-Rot-Grün ist eine Machtoption, die viele im linken Lager anstreben, die aber nicht gut wäre für Deutschland. Daher müssen wir als Union gemeinsam in diesen Wahlkampf gehen und geschlossen für ein Ziel kämpfen: Wir müssen zumindest

so stark werden, dass ohne uns als stärkste politische Kraft keine Regierung gebildet werden kann.

Die Voraussetzungen, diese Ziele umsetzen zu können, haben wir in den zurückliegenden Jahren mit einer klugen Wirtschafts- und Finanzpolitik geschaffen. In diesem Sinne haben wir in dieser Woche den Bundshaushalt 2017 verabschiedet. Wir halten damit unsere Wahlversprechen ohne jeden Abstrich ein. Wir kommen bereits im vierten Jahr in Folge ohne neue Schulden aus und es gab keine Steuererhöhungen. Wir konnten sogar beginnen, Schulden zu tilgen.

Im Bundshaushalt 2017 haben wir unseren Staat in den Bereichen innere und äußere Sicherheit weiter gestärkt. Wir haben in dieser Legislaturperiode unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) massiv um mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 gestärkt. Überdies konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast 2,8 Milliarden Euro auf gut 36 Milliarden Euro anheben. Mit diesem Aufwuchs des Haushaltes um fast 1,2 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr wird neben zusätzlichem Personal auch eine Vielzahl von technischen Verbesserungen in den Sicherheitsbehörden ermöglicht. Die Bundespolizei etwa wird drei neue hochseetaugliche Schiffe und einen zusätzlichen Transporthubschrauber erhalten. Hinzu kommen bei der Bundespolizei umfangreiche Stellenhebungen und ein Liegenschaftsprogramm. Durch den Aufbau der völlig neuen „Zentralstelle für Informationstechnik im Bereich der Inneren Sicherheit“ (ZITiS) wird zudem neuen technischen Entwicklungen Rechnung getragen.

Wir stehen zu unseren Sicherheitsbehörden - durch effektive Befugnisse, aber auch durch die Ausstattung mit den erforderlichen Mitteln, um diese Befugnisse dann wahrnehmen zu können. Die Union ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit.

Wir haben uns mit diesem Haushalt erneut Handlungsspielräume geschaffen, die es uns ermöglichen, die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Zugleich sorgen wir dafür, dass nachfolgenden Generationen nicht über Gebühr belastet werden. Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil. Neben der Anhebung der Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg bringen.

Dies alles ist das Ergebnis unserer klaren Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten standhält. Wir stehen geschlossen hinter unserem Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Die Woche im Parlament

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020. Im kommenden Jahr werden die Ausgaben auf 329,1 Mrd. Euro veranschlagt. Neugeregelt wird dazu auch der Bundesbankgewinn. Sollte er höher als 2,5 Mrd. Euro ausfallen, so fließen diese Mittel in die Tilgung von Altschulden. Nach dem Finanzplan bleibt der Bundeshaushalt von 2017 bis 2020 in jedem Jahr ausgeglichen. Die gesamtstaatliche Schuldenstandquote soll spätestens 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen.

Bundesministerium des Innern. Im Mittelpunkt stehen die Maßnahmen für mehr innere Sicherheit. Dafür werden 639,3 Mio. Euro mehr ausgegeben als im Regierungsentwurf eingeplant. Der Etat wächst gegenüber 2016 um fast 1,2 Mrd. Euro auf knapp 9 Mrd. Euro an. Im kommenden Jahr 2017 entstehen rund 2.000 neue Stellen bei der Bundespolizei und 820 beim Bundeskriminalamt. Damit haben wir insgesamt in dieser Legislaturperiode für unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 beschossen. Das Technische Hilfswerk (THW) erhält 170 neue Stellen sowie zusätzliche Mittel für überregionale und bundesweite Nachwuchswerbung. Schließlich werden auch der Asyl- und Flüchtlingssituation und den daraus resultierenden Herausforderungen angemessene Rechnung getragen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass mehr abgelehnte Asylbewerber unser Land verlassen, indem wir im Jahr 2017 die freiwillige Ausreise mit 40 Mio. Euro fördern. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die freiwillige Ausreise wesentlich einfacher zu realisieren und kostengünstiger ist als die zwangsweise Abschiebung. Schließlich geben wir 5,2 Mio. Euro mehr für den Spitzensport in Deutschland aus.

Bundesministerium für Gesundheit. Diese Ausgaben sind im Jahr 2017 auf knapp 15,2 Mrd. Euro bemessen und übersteigen den Regierungsentwurf um 63,1 Mio. Euro. Die im parlamentarischen Verfahren vereinbarten zusätzlichen Mittel dienen insbesondere der verstärkten internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Der Bundesrechnungshof erhält Prüfungsrechte gegenüber den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und deren Bundesvereinigungen sowie gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss und der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Im kommenden Jahr sollen insgesamt 5,6 Mrd. Euro bereit stehen. Das sind 165,8 Mio. Euro mehr als von der Bundesregierung veranschlagt. Die im parlamentarischen Verfahren zusätzlich beschlossenen Mittel fließen in ein kommunales Investitionsprogramm vor allem für Sportstätten und Schwimmbäder über 100 Mio. Euro und in ein neues Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ über 50 Mio. Euro. Zudem können beim Programm Altersgerechtes Umbauen nun wieder Anträge bewilligt werden. Schließlich ist es unsere Handschrift, dass wir im Haushalt 2017 die Mittel für Maßnahmen gegen Einbrüche (z. B. sichere Fenster und Türen) auf 50 Mio. Euro erhöhen.

Bundesministerium der Verteidigung. Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen verfügt 2017 über einen Etat von 37 Mrd. Euro. Der Regierungsentwurf wird um 393,2 Mio. Euro angehoben. Die Steigerung gegenüber 2016 beträgt dann mehr als 2,7 Mrd. Euro. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr muss den gewachsenen internationalen Gefahren entsprechen und ist auch auf die besonderen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus auszurichten. Der Dienst soll attraktiver gestaltet und die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten verbessert werden. Im parlamentarischen Verfahren wurden u.a. die Mittel für Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten um 20 auf 130 Mio. Euro angehoben, da die Anzahl der Reservistenleistungen um 500 auf nunmehr 3.000 angehoben wird.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die Fördermaßnahmen richten sich schwerpunktmäßig auf innovative Technologien, mittelständische Aktivitäten sowie den Energie- und Außenwirtschaftsbereich. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausgaben für 2017 werden um 302,2 Mio. auf 7,7 Mrd. Euro angehoben. 35 Mio. Euro davon entfallen auf die Stärkung der industriellen Gemeinschaftsforschung. Überdies wurden im parlamentarischen Verfahren 42 Mio. Euro für die Gründung sechs neuer Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrtforschung bereitgestellt.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Aktuelle Ressortschwerpunkte sind der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit, die Gestaltung des demografischen Wandels und die Entwicklung wirksamer Strategien gegen Fachkräftemangel. Gegenüber dem Regierungsentwurf wird der Etat von Bundesministerin Professor Dr. Johanna Wanka um 92,4 Mio. auf 17,6 Mrd. Euro aufgestockt. Konkret gestärkt werden damit die digitale

Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten sowie die Grundfinanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der überwiegende Anteil der Ausgaben beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen, so dass geringer Spielraum für politische Schwerpunktsetzungen bleibt. Gegenüber dem Regierungsentwurf können die Ausgaben dieses größten Bundesetsats um gut 1 Mrd. Euro niedriger auf 137,6 Mrd. Euro veranschlagt werden. Dies geht darauf zurück, dass die Schätzungen zur Kostenentwicklung im SGB II-Bereich inzwischen nach unten korrigiert werden konnten.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Einzelplan steigt auf gut 9,5 Mrd. Euro an, indem der Regierungsentwurf um 327,4 Mio. Euro angehoben wird. Die im parlamentarischen Verfahren vereinbarte Mittelaufstockung dient zusätzlichen Impulsen für bürgerschaftliches Engagement und Flüchtlingsarbeit im Rahmen der vielfältigen Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums. Der Aufwuchs des Einzelplans gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf verbesserter gesetzlicher Leistungen und deren Inanspruchnahme bei Kinder- und Elterngeld.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Schwerpunkte sind aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels die landwirtschaftliche Sozialpolitik sowie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Im kommenden Jahr stehen 6 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist ein Aufwuchs gegenüber dem Regierungsentwurf von gut 106,5 Mio. Euro. Davon entfallen 58 Mio. Euro auf die Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe im Milchmarktbereich durch Kofinanzierung der Sondermaßnahmen der Europäischen Union sowie zusätzliche 35 Mio. Euro für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur. Die Ausgaben sind für 2017 auf 27,9 Mrd. Euro veranschlagt. Das sind 1,09 Mrd. Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. 1 Mrd. Euro entfällt auf eine Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn durch den Bund als Alleingesellschafter. Zudem stellen wir zusätzliche Mittel für freiwillige Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnlinien sowie für Radschnellwege zur Verfügung. Überdies wird ein neuer Haushaltstitel zur Gründung eines „Deutschen Maritimen Zentrums“ am Standort Hamburg hervorgebracht. Damit wird die Koordinierung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der maritimen Wirtschaft unterstützt. Schließlich entlasten wir die in Deutschland aktiven Luftverkehrsunternehmen.

Daten und Fakten

Industrie investiert weiter. Im Jahr 2015 haben die deutschen Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 59,8 Mrd. Euro in Sachanlagen investiert. Dies waren rund 2,1 Mrd. Euro mehr als im Jahr 2014, was einem Zuwachs von 3,5% entspricht. Damit haben die Investitionen den bisherigen Höchststand von 2008 – damals waren es 60 Mrd. Euro – nahezu wieder erreicht. Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber 2014 insbesondere in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren erhöht (plus 16,4% auf 3,4 Mrd. Euro). Einen deutlichen Anstieg gab es jeweils auch in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (plus 10,6% auf 2,4 Mrd. Euro) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (plus 5,8% auf 4,4 Mrd. Euro). Der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Investitionsvolumen bildet die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Hier stiegen die Investitionen um 5,2% auf 14,302 Mrd. Euro. Leichte Rückgänge gab es bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (minus 3% auf 2,7 rd. Euro) und von chemischen Erzeugnissen (minus 1,7% auf 5,1 Mrd. Euro).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.